



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die politische Bewegung im Norden.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die politische Bewegung im Norden.

Der gesammte skandinavische Norden wird gegenwärtig von Verfassungskämpfen in Athem gehalten.

In den größten und dringendsten constitutionellen Schwierigkeiten befindet sich Dänemark, von dessen zwei Verfassungen, der dem Königreich allein angehörigen vom 5. Juni 1849 und der das Königreich und Schleswig umfassenden vom 18. November 1863, die letztere seit dem vorjährigen Kriege ihren Gegenstand verloren hat, nämlich die Einverleibung Schlesiens. Die Gegner dieses eiderdänischen Grundgesetzes nahmen anfänglich an, mit dem materiellen Sinne habe dasselbe zugleich seine formelle Kraft verloren. Aber selbst das Ministerium Bluhme-David, obgleich im bewußten Gegensatz zu den Eiderdänen entstanden, mochte sich dieser Meinung nicht anschließen. So begannen denn die Verhandlungen über die Außerkräftsetzung der Verfassung von 1863 und die mehr oder weniger vollständige Wiederherstellung der Verfassung von 1849. Der letzte Winter ging damit hin, daß zwischen der Regierung und den beiden Thingen des Reichsraths, d. h. der Dänemark und Schleswig gemeinsamen Institution der Novemberverfassung, noch eine Verständigung gesucht wurde, deren Ergebnis dann noch der Zustimmung des ausschließlich dänischen Reichstages bedurft hätte. Zu einer solchen Verständigung indessen kam es nicht. Die im Reichsraths-Folkething herrschende Partei der Bauernfreunde warf ihr zwei Steine in den Weg, über welche alles Entgegenkommen der Regierung und des Landsting stolperte. Sie behauptete erstens, daß die Regierung zunächst an den Reichstag hätte gehen müssen, als die nunmehr hauptsächlich oder allein noch berechnigte Landesvertretung; und zweitens wollte sie von der Juniverfassung, die den breiten demokratischen Stempel des Jahres 1849 trägt, wenig oder nichts preisgeben, sie vielmehr am liebsten einfach wieder in Kraft treten sehen, namentlich aber nicht einer gemäßigt-conservativen Umgestaltung des in dieser Verfassung enthaltenen Landsting zustimmen, wie Regierung und Reichsraths-Landsting sie wünschten. Das Landsting der Juniverfassung ist wenig mehr als eine zweite Auflage des

Folkething, und gleich diesem in beständiger Gefahr, der Beherrschung durch die demokratische Bauernpartei zu verfallen.

In dem Gegensatz zwischen dieser und der in den Städten, insbesondere in Kopenhagen wurzelnden national-liberalen Partei bewegt sich jetzt überhaupt das innere politische Leben Dänemarks. Die letztere hat dabei zur Bundesgenossin die Regierung, welche je länger desto mehr die Nothwendigkeit begriffen hat, im Wesentlichen dieselben Wege wie alle ihre mehr oder weniger eiderdänischen Vorgängerinnen zu wandeln, — die erstere hingegen die conservative oder reactionäre Partei, welche gemeinschaftlicher Haß gegen die im Staate und in der Presse herrschenden Eiderdänen mit ihr verbindet. Aristokraten und Demokraten kämpfen also miteinander gegen die liberale Nationalpartei. Sie bestreiten ihr vor allem eine solche Zusammensetzung des zukünftigen Landstthing, welche dasselbe zu einem Sammelplatz der Vertrauensmänner und Führer der gebildeten Classen, mithin zu einem sichern Besitz der Nationalpartei und im Nothfall zu einem Gegengewicht gegen ein bauernfreundliches Folkething machen würde. Bevor diese Frage der Neugestaltung des verkürzten Staates in den Vordergrund trat, standen die Gegner von rechts her voran im Kampf wider die Eiderdänen. Es bildete sich vor bald einem Jahre der sogenannte Augustverein, der nach Art des neupreußischen Volksvereins in Berlin die „Stärkung des Königthums“ auf seine Fahne schrieb, d. h. die Erweiterung des Einflusses von Hof und Adel. Aber der Augustverein machte schlechte Geschäfte. Sobald die ersten Wirkungen der militärisch-diplomatischen Niederlage des Staates halbwegs überwunden waren, zeigte sich, daß die Bevölkerung nicht gesonnen war, die Schuld für die mit ihrer Billigung geführte auswärtige Politik von 1851—63 auf deren unmittelbare Träger oder Vertheidiger abzuwälzen, und daß reactionäre Tendenzen vollends in ihr keinen Boden finden. Die Conservativen zogen sich daher vom Schauplatz der öffentlichen Wirksamkeit größtentheils wieder zurück, zumal seitdem ihr Freund, der Justizminister Helzen aus dem Cabinet hatte weichen müssen, und begnügten sich, den Bauernfreunden bei deren nun erfolgender Erhebung gegen die liberale Partei in die Hände zu arbeiten. Als die Regierung das Folkething des Reichsraths auflöste, nachdem dasselbe jeden Versuch der Verständigung mit ihr und dem Landstthing abgelehnt hatte, schlugen sich ihre früheren aristokratisch-reactionären Anhänger auf die Seite der Demokratie. Edelleute und Bauern gemeinsam standen gegen Kopenhagens traditionelle politische Führung auf. Indessen, wie die Wahlen vom 30. Mai ergeben, ist an eine Abschüttlung des naturgemäßen Uebergewichts einer Hauptstadt, welche fast ein Zehntel der gesammten Bevölkerung des Landes in sich faßt und die einzige größere Stadt desselben ist, noch weniger zu denken als zu der Zeit, da Schleswig und Holstein noch unter demselben Scepter lebten. Die Neuwahlen haben auf keinen Fall eine Verstärkung der

Coalition mit sich gebracht; vielmehr, wenn die eiderdänischen Organe recht rechnen, eine kleine Mehrheit zu Gunsten des zuvor verworfenen Regierungsvorschlages über die Zusammensetzung des künftigen Landsting.

Wenn der Reichsrath übrigens mit der Regierung über den neuen Reichstag einig geworden ist, der ihn und den jetzigen Reichstag zugleich ablösen soll, dann beginnt erst die wahre Schwierigkeit der Aufgabe. Die Angelegenheit gelangt alsdann vor den bestehenden Reichstag, in dessen Folkething die Bauernfreunde herrschen und dessen Landsting ebenfalls keine sichere Stütze für die Absichten der Regierung bietet. Verfassungsmäßig muß der Reichstag dreimal abstimmen, die beiden letzten Male nach erfolgter Auflösung und Neuwahl. Wie leicht kann die Vereinbarung der Regierung mit dem Reichsrath da hängen bleiben! Und sowie der Reichstag an derselben die geringste Abänderung vornimmt, muß die Sache an den Reichsrath zurückgehen, damit auch dieser zu seinem Rechte komme. Genug, das Ende ist noch vollkommen unabsehbar. Fädrelandet, das Hauptorgan der Nationalpartei, hat es der Regierung hinterdrein zum Vorwurf gemacht, daß sie mit dem Reichsraths-Folkething nicht auch gleichzeitig das Folkething des Reichstags aufgelöst habe; die Neuwahlen wären dann voraussichtlich durchweg auf die nämlichen Männer gefallen, und man hatte beide Versammlungen auf gleiche Weise zufriedustellen können. Wie es sich aber damit auch verhalten mag, es ist handgreiflich, daß die Wirren auch in diesem Falle keineswegs völlig beigelegt oder abgeschnitten gewesen wären.

Für uns sind indessen diese Verfassungskämpfe selbstverständlich weit weniger an sich von Belang, als insofern sie auf Dänemarks Haltung nach außen hin früher oder später übergreifen mögen. Eine bestimmte Aussicht thut sich in dieser Richtung noch nicht auf. Allein so viel scheint klar zu sein, daß der tiefe innere Gegensatz zwischen Kopenhagen, dem lebensvollen, bewegten Mittelpunkt des Staates, und der Landbevölkerung, namentlich Jütlands, sich in Zukunft auch nach außen hin mehr als bisher bemerklich machen wird. Die Bauernfreunde unter S. A. Hansens Führung gehen jetzt Hand in Hand mit dem was die dänischen Patrioten Hjemmetydsferiet nennen, das „dänische Deuthum“ oder die „Deutschen in Dänemark“, ähnlich wie der verstorbene L. Seeger auf dem frankfurter Abgeordnetentage kurz vor Weihnachten 1863 von den „Dänen in Deutschland“ sprach. Was aber in Frankfurt nicht viel mehr als eine tropische Wendung, eine drastische Uebertreibung war, das hat in Kopenhagen seine sehr reale Bedeutung; und wir Deutschen haben keinen Grund, in den dänischen „Hausdeutschen“ Bundesgenossen im Feindeslager, gleichsam vorgeschobene Posten des Germanismus zu verehren. Es sind das vielmehr die dänischen Gegenstücke zu dem, was bis vor Kurzem unsere Scheel-Plessens und Blomes waren — Männer und Familien, welche aus Privatrückichten an dem dänisch-deutschen

Mischstaat hingen, der angeblich im europäischen, in Wahrheit lediglich im russischen Interesse so lange conservirt worden ist, als es irgend gehen wollte, und den nun die gemeinschaftliche, wenn auch über die Theilung streitende Arbeit des deutschen und des dänischen Nationalgeistes für alle Zeit zerrissen hat. Wenn die Bauernfreunde sich den Beistand dieser Fraction oder Partei in inneren Angelegenheiten gefallen lassen, so wird die Voraussetzung sein, daß sie ihrerseits den Dienst bei Veranlassungen der auswärtigen Politik wett machen. Ihre Haltung entspräche dann derjenigen gewisser kleiner schleswig-holsteinischer Kreise vor der neuesten Krise, die es kaum über sich gewinnen konnten, nicht auf Kosten ihrer Nationalität an Dänemarks Freiheit und Gleichheit theilzunehmen. Und kann man sagen, dergleichen sehe einer vorzugsweise aus Landleuten gebildeten Partei nicht ähnlich? Wir kennen ja verwandte Erscheinungen auch im nördlichen Deutschland. Eine Bauernpartei ist niemals geneigt, sich für die Unternehmungen der auswärtigen Politik zu begeistern; ihr Blick haftet auf dem Allernächsten, sie ist conservativ im Particularismus, zäh in Opfern und Leistungen für die großen Aufgaben des Staats. Es scheint also durchaus nicht undenkbar, daß die bisher zu bemerkende Laubheit der dänischen Demokratie gegen den Scandinavismus — als das heutige nationale Programm in Dänemark wie im ganzen Norden — demnächst in entschiedenen und bewußten Widerstand umschlage. Nur desto eifriger freilich werden dann die patriotischen Politiker, die Hall und Mourad, Clausen und Orla Lehmann, Ploug und Bille, auf die Verwirklichung der skandinavischen Idee hinarbeiten, die unter solchen Umständen neben ihrem eigentlichen Sinne und Werthe allein auch geeignet wäre, den Staat Dänemark vor der faulen Stockung zu behüten, in welche ihn jetzt der mit nahezu gleichen Kräften geführte Kampf zwischen Kopenhagen und der Landbevölkerung zu versetzen droht.

Dem Triebe nach einer nordischen Union, der in diesen inneren Verhältnissen Dänemarks liegt, entspricht ein gleicher Trieb in Schweden und Norwegen. Und auch dort entspringt er hauptsächlich aus Verfassungstreitigkeiten. Die Reform der schwedischen Reichsvertretung freilich, die noch immer in Curien der vier alten Stände besteht, scheint eher die Tendenz zu haben, das politisch sehr aufgeweckte schwedische Volk von seinem Drange zur Bethätigung nach außen hin abzulenken. Allein eben deswegen wetteifern jetzt König und Volk, sie zu schleunigem Abschluß zu bringen. Die Regierung hat im vorigen Jahre einen wohlbemessenen Reformvorschlag gemacht, den die Fortschrittspartei — d. h. die liberale Mehrheit des Volkes und aller einzelnen Stände — zu ihrem Feldgeschrei erkoren hat und nun auf zahllosen Versammlungen zur Gemeinforderung der Massen zu machen strebt. Im kommenden Herbst wird dann der Reichstag zu der entscheidenden Sitzung zusammentreten und, wenn alles nach Wunsche geht, einem zeitgemäßen Nachfolger Platz machen.

Neben dieser bloß schwedischen Verfassungsfrage ist jedoch eine andere im Gange, welche Schweden und Norwegen zugleich betrifft. Schon lange ist auf beiden Seiten des Kjölen eine starke Empfindung von der Unzulänglichkeit der bestehenden Union verbreitet. Die Schweden wünschen das Band vor allen Dingen fester gezogen, damit sie gegen auswärtige Gefahren, dergleichen sie namentlich von Rußland ohne Unterlaß besorgen, der Hilfe Norwegens sicher seien. Den Norwegern kommt es vorzüglich darauf an, daß ihre Gleichberechtigung mit den Schweden als Volk und Staat gewahrt werde. Sie erachten sich beschwert durch Bestimmungen wie die, daß auch ein Schwede Statthalter von Norwegen sein könne, wenn es dem König gefalle ihn dazu auszuersuchen. Diese Bestimmung glaubte man in Christiania durch einfachen Storthingsbeschuß ändern zu können, den der König als König von Norwegen sanctionire, oder, falls er sein (bekanntlich bloß suspensives) Veto dagegen einlegen wollte, durch wiederholten Beschluß; wogegen in Stockholm behauptet wird, dieselbe mache einen Bestandtheil des Unionsvertrags aus, und ihre Abänderung bedürfe daher der Zustimmung des schwedischen Ministeriums und Reichsraths. Die Streitfrage hat, ohne zum Austrag zu gelangen, auf beiden Seiten die Leidenschaften gewaltig erhibt und zahlreiche juristische oder historisch-politische Erörterungen hervorgerufen. Dasselbe war der Fall, als Graf Ueckerstädt 1859 in der schwedischen Ritterscurie eine innigere Verbindung beider Reiche in Anregung brachte. Die Norweger nahmen dagegen zunächst eine entschieden ablehnende und feindselige Haltung ein.

Diese Haltung kann nicht überraschen, wenn man sich die verschiedene Lage beider Völker vergegenwärtigt. Die Norweger werden durch ihre beiden stammverwandten Nachbarnationen geographisch und politisch von aller Berührung mit der großen Welt ferngehalten. Selbst von den Schweden trennt sie ein schwer zu überschreitendes unwirthliches Gebirge, von den Dänen die gefahrvolle See des Kattegat. An den Ocean, der ihre steilabfallenden Küsten bespült, stoßen sie ebenfalls erst da, wo es mit seiner Bedeutung als Welthandelsstraße ein Ende hat. Keinerlei Durchfuhrverkehr berührt das Land, und selbst Bergnütungs- oder Gelehrsamkeitsreisende suchen es seiner Entlegenheit halber bei weitem seltner auf, als es vielleicht verdiente. In einem solchen Lande findet das Interesse an den Welthändeln keinen natürlichen Boden. Dasselbe mußte sich vollends abstumpfen in Folge der langen Verbindung mit Dänemark, dessen auswärtige Politik seit dem dreißigjährigen Kriege bis auf die letzten Jahrzehnte herunter darin bestanden hat, sich jede Verwicklung in die europäischen Händel nach Kräften vom Leibe zu halten. Ganz anders aber die Schweden. Nächst den Franzosen giebt es kein Volk in Europa, das sich in solchem Maße berufen glaubte eine Weltrolle zu spielen, Cultur nach außen zu tragen, wie das schwedische. Sein heroisches Zeitalter, das Zeitalter Gustav Adolfs und

Karls des Zwölften, liegt nicht wie bei den Dänen so weit zurück, daß die Erinnerung mit ihrem Stachel nicht noch immer lebendig nachwirken sollte. Der Verlust Finnlands ist bald sechzig Jahre alt, aber in Schweden wird er empfunden, als hätte man ihn gestern erlitten. Der König, die Prinzen, Adel und Volk träumen gleichmäßig von einer stolzen kriegerischen Zukunft; und wenn sie die Unionsbände mit Norwegen straffer anzuziehen wünschen, so ist es weit weniger wegen der Gefahren, welchen sie unvermeidlich ausgesetzt zu sein, als wegen derjenigen, welche sie im rechten Augenblick freiwillig heraufzubeschwören denken. Aber eben das, den Ehrgeiz des schwedischen Volks und seiner Führer, fürchtet der Norweger, dessen einzige politische Ideale die des demokratischen Liberalismus sind, Freiheit und Gleichheit.

König Karl der Fünfzehnte, dem die Seele schwillt von mächtigen politischen Entwürfen, hat bisher mit großer Klugheit vermieden, sich in dem Streite über die Unionsreform entweder auf die schwedische oder auf die norwegische Seite zu stellen. Er ließ in der Staatsrathssitzung von 9. April 1861 den schwedischen Justizminister de Geer insofern die Initiative ergreifen, daß ein Unionscomité von sechs Schweden und sechs Norwegern zur Vorberathung der Sache in Vorschlag gebracht und einige Hauptpunkte für dessen Verhandlungen bezeichnet wurden; aber als die norwegische Regierung in Christiania dieses Anerbieten von schwedischer Seite nicht als einen annehmbaren Ausgangspunkt weiterer Unterhandlungen ansehen wollte, überhaupt anrieth die Sache ruhen zu lassen, da begnügte der König sich, die Actenstücke zu veröffentlichen, und vertagte die Reform auf eine gelegnere Zeit. Dabei versäumte er nicht, während er den Drang der Schweden nach einem strafferen Bunde mehr als theilte, die Norweger durch ausdrückliche Anerkennung ihrer Gleichberechtigung über seine ferneren Plane im voraus zu beruhigen.

Die gelegnere Zeit ist nun aber in König Karls Augen erschienen. Der deutsch-dänische Krieg des vorigen Jahres hat für ihn das Gute gehabt, die Bevölkerung Norwegens in lebhafter, 1848—50 lange nicht so wahrgenommener Sympathie für das kriegsführende Brudervolk zu erwärmen und folglich mittelbar zugleich für eine Verbesserung der schwedisch-norwegischen Bundesverfassung. Denn nur wenn die gemeinsame Regierung sich nicht durch die Abhängigkeit von zwei vielleicht sehr verschieden gesinnten Volksvertretungen gehemmt fühlt, wenn ihr für eine leidlich populäre Politik die Kraft beider Reiche gleichmäßig zur Verfügung steht, kann sie sich in Zukunft einmal des bedrängten Bruderstammes wirksam annehmen. Zu dieser naheliegenden, obwohl an sich schwerlich sehr angenehmen Betrachtung gesellt sich für die Norweger eine zweite, die sie der Unionsreform jetzt geneigter stimmen kann. Was sie dabei hauptsächlich fürchten und in der That stets zu fürchten haben, ist Schwedens materielles und factisches Uebergewicht, Die formale Gleichberechtigung kann die Thatsache nicht beseitigen,

daß Schweden zwei bis dreimal so viel Einwohner hat als Norwegen. Sollen vier Millionen in der Leitung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten kein größeres Gewicht in die Waagschale werfen als anderthalb Millionen? Und wenn ihnen irgendein noch so geringer gesetzlicher Vorrang eingeräumt wird, worin werden die letztern bei der gründlichen Verschiedenheit in der Richtung und Denkart beider Völker Schutz gegen Ausbeutung, widerstandlose Anwendung ihrer Mittel zu ihnen fremden und verhassten Zwecken finden? Diese größte und anscheinend unüberwindliche Schwierigkeit der Unionsreform in norwegischen Augen verschwindet, sobald man sich den Bund, enger oder loser, auf Dänemark erstreckt denkt. Die Schweden sind zwar auch Dänen und Norwegern zusammen noch an Volkszahl überlegen, aber sie können kaum etwas dagegen einwenden, daß die Summe der dänischen und norwegischen Vertreter in dem gemeinschaftlichen Parlament die Zahl der ihrigen übersteige. An eine Verschwörung zweier Völker gegen das dritte ist ja nicht entfernt zu denken. Die Dänen nehmen politisch gesprochen zwischen Schweden und Norwegen die ungefähre Mitte ein, was jenen eine Bürgschaft für active und positive Politik, diesen eine Sicherheit gegen Vergewaltigung sein mag. In dem Maße wie die Ergebnisse des Krieges den dänischen Volksgeist empfänglicher für die skandinavische Idee stimmen, in demselben Maße können sich die Norweger leichter entschließen, auf eine centralisirende Unionsreform einzugehen, in deren Hintergrund sich eine deutliche Aussicht auf den Bund aller drei Reiche öffnet. Diesen Sinneswechsel in der spröderen Halbschied seiner Unterthanen hat der König mit scharfem Blick erfaßt und alsbald die Wiederaufnahme der verschobenen Unionsverhandlungen beschlossen. Mitten in der eisigen Kälte des letzten Februarmonats reiste er nach Christiania hinüber — wobei ihm noch das Unglück widerfuhr, mit dem Eisenbahnzuge stundenlang im Schnee stecken zu bleiben —, um dort die norwegischen Mitglieder des schon 1862 vorgeschlagenen Reformcomité zu ernennen; und seit mehren Wochen ist dieses nun in Stockholm bei seiner allerdings mühseligen und weitaussehenden Arbeit.

Aber der Enkel Bernadottes begnügt sich nicht mit gleichzeitiger Betreibung der schwedischen und der schwedisch-norwegischen Verfassungsreform. Er ist der Aufgabe seines Lebens, der Verwirklichung der skandinavischen Idee, bereits auch noch viel unmittelbarer nachgegangen. Vor jetzt ungefähr einem Jahre, zur Zeit der londoner Conferenzen, hat er dem König von Dänemark ein Schutz- und Trugbündniß angeboten. Es war schon viel, daß er sich überhaupt zu einem derartigen Anerbieten entschloß. Der König Christian und seine Umgebungen, Deutschdänen im politischen Sinne des Worts, konnten einem „Skandinavier“ wenig Vertrauen einflößen. Aber Karl der Fünfzehnte mochte wohl darauf rechnen, daß in jener entscheidende Krisis der Druck des kopenhagener Volkes stark genug sein werde, um Christian den Neunten soweit skandinavisch zu com-

promittiren, daß ihm eine Rückkehr zu der deutsch-dänischen Gesamtstaatspolitik später unmöglich sein werde; und dann ist es auch wenigstens denkbar, daß er auf französische Ermuthigung hin handelte. Er schlug also — nach dem, was bis jetzt darüber verlautet hat — seinem gekrönten Nachbar vor, mit ihm einen Familienpact und einen eigentlichen Staatsvertrag einzugehen. Jener sollte so beschaffen sein, daß in nicht zu langer Frist die drei nordischen Kronen auf einem Haupte vereinigt würden; dieser ein skandinavisches Heer, eine skandinavische Flotte, eine skandinavische Diplomatie und auswärtige Politik, endlich ein skandinavisches Parlament ins Leben rufen. Wenn Dänmark auf diese Bedingungen einginge, so sollte Schwedens und Norwegens Macht neben der inigen dafür eintreten, daß es gegen Süden hin seine nationale Grenze behauptete, also irgendeine ihm günstige Theilungslinie durch Schleswig.

Da von dieser wichtigen und interessanten Proposition einstweilen nichts bekannt geworden ist als der Kern ihres Inhalts, so fehlen noch die Mittel, um zu beurtheilen, in welcher Art dieselbe auf den Gang der Dinge im Ganzen einwirkte. Es ist aber auf alle Fälle wahrscheinlich, daß die damalige überraschende Thätigkeit Rußlands auf die Nachricht von Schwedens kühnem Vorhaben zurückzuführen ist. Das petersburger Cabinet, das sich bis dahin seiner gegenwärtigen allgemeinen Politik gemäß auch in der schleswig-holsteinischen Sache beobachtend verhalten hatte, begann gegen Ende der londoner Conferenzen plötzlich sich eines Abschlusses anzunehmen, der es mindestens vor dem Aergsten bewahrte, vor der Verwirklichung der skandinavischen Idee. Der dänische Gesandte am russischen Hofe, Baron Otto Plessen, Bruder unseres Karl v. Scheel-Plessen und gleich diesem ein ausgemachter Deutschdäne, erschien urplötzlich in Kopenhagen, warnte den König vor den schwedischen Hintergedanken und bereitete den bald nachher eintretenden Ministerwechsel vor, der den Eiderdänen Monrad durch Bluhme, den alten Gesamtstaatsmann von europäischem Ansehen und Ruf ersetzte. Es wird wohl die Folge dieser russischen Sendung gewesen sein, was Christian den Neunten bestimmte, sich den wohlwollenden Nachbar mit guter Manier vom Halse zu schaffen. Er drückte ihm den Wunsch aus, Holstein in das Schutz- und Trutz-Bündniß mit aufgenommen zu sehen. König Karl konnte nicht allein auf diese Erweiterung seines wohl bemessenen Vorschlags nicht eingehen, weil sie an die Stelle eines erreichbaren Zieles ein ganz chimärisches setzte — er mußte daran auch erkennen, daß am dänischen Hofe der antiskandinavische Geist noch völlig obenauf sei, und brach daher die Unterhandlungen ab. Natürlich auch in diesem Falle nur, um sie im geeigneten Augenblicke mit besseren Chancen wiederanzuknüpfen.

Mit welchen Augen haben wir Deutschen nun diese Bestrebungen anzusehen? Sollen wir uns gegen sie einnehmen lassen, weil das sogenannte „Hausdeutschthum“ in Kopenhagen, die Deutschdänen hüben und drüben den Skan-

dinaviemus wie die Pest verabscheuen, und weil derselbe in der That dem Einfluß der ursprünglich deutschen oder vorwiegend deutsch gebildeten Adelsgeschlechter in Dänemark vollends ein Ende zu machen droht? Sollen wir die Verwirklichung der skandinavischen Idee verwünschen und bekämpfen, weil die dänischen Patrioten davon vor allem erwarten, daß sie ein größeres oder geringeres Stück von Schleswig an Dänemark zurückbringe?

Die Beantwortung dieser kritischen Frage wird großentheils von Schwedens fernerer Haltung abhängen. Begreift man in Stockholm, daß die Unterstützung der Westmächte allein noch keinen sicheren Erfolg in Aussicht stellt, daß es vielmehr darauf ankommt, den Bund der beiden großen Ostseemächte zu sprengen, Preußen von Rußland zu trennen und für die Zurückwerbung Finnlands, als für Schwedens nächste nationale Aufgabe, die Unterstützung oder wenigstens die Neutralität Preußens zu erkaufen; gelingt es ferner den Schweden, ihre Führerstellung im Verein der skandinavischen Völker dazu zu benutzen, daß Norwegen und Dänemark mit ihnen alle Anstrengungen zunächst gegen Rußland richten, daß folglich der Gedanke an die Zurückwerbung Dänisch-Schleswigs zum wenigsten vorerst vertagt wird: so besteht für eine nationale deutsche Politik kein Grund, den Skandinaven ihre politische Einheit zu mißgönnen. Uns ist mit der skandinavischen Union nicht die Pforte des Weltmeers zugeschlossen, wie den Russen. Wir haben die Nordsee und obendrein voraussichtlich bald den Nordostseefanal. Unsre nationale Politik ist überhaupt nicht wie die eroberungsfüchtig-brutale der Russen dabei interessirt, daß unsre Nachbarn in Zersplitterung und Schwäche fortleben. Im Gegentheil, als gleichfalls ausgesetzt den Uebergriffen der beiden großen Militärmächte im Westen und Osten, können wir die Erstarkung aller in ähnlicher Lage befindlichen Nationen der Mitte Europas, oder überhaupt aller Nachbarn Rußlands und Frankreichs, nur lebhaft wünschen. Die skandinavische Idee aber hat für uns noch den ferneren Vortheil, daß sie von Frankreich und Rußland gründlich verschieden aufgefaßt wird und sie in ihrem praktischen Verlauf unverföhnbar zu trennen verspricht. Denn während Rußland allerdings kaum umhin kann, sie aufs äußerste zu bekämpfen, hat Frankreich sie unter die Zahl jener civilisatorischen Ideen aufgenommen, für welche es mitunter den Degen zieht. Es begünstigt Karls des Fünfzehnten Entwürfe. Es mag immerhin der Meinung sein, damit nicht bloß Rußland, sondern auch Deutschland einen Pfahl ins Fleisch zu stoßen: die Hauptsache für uns ist, daß es für die Unterstützung dieser Idee bis auf Weiteres engagirt ist. Wirken wir ebenfalls in dieser Richtung, so kann es, sollte man denken, kaum mißglücken, dem werdenden skandinavischen Bunde eine ausschließliche Spitze gegen Rußland zu verleihen.

Leider besteht vorerst nur sehr entfernte Aussicht, daß man sich in Berlin einer unbefangenen und gesunden Anschauung in Betreff der nordischen Ver-

hältnisse zuwende. Die Anlehnung an Rußland, das „uns den Rücken deckt“, ist dort ebenso traditionell, wie die Abneigung, in irgendeiner europäischen Frage mit Frankreich zusammenzugehen. Man sieht die Welt mit preussischen Augen an, und findet so natürlich das politische Zusammenwachsen der am Sunde wohnenden Völker höchst bedenklich, anstatt mit deutschen Augen, wo man erkennen würde, daß unser Zugang zum Weltmeer die Nordsee ist, die Mündung der Elbe und der Weser und des zukünftigen großen Meerkanals. Das preussische Staatsbewußtsein ist zwar unzweifelhaft auf dem Wege sich zu einem kräftigen deutschen Nationalbewußtsein auszuweiten. Aber noch manche innere Fortschritte werden zu machen sein, bevor dieses Ziel erreicht ist, und bevor demnach auch von einer lediglich den nationalen Interessen entnommenen Stellung Preußens zu den Osee-mächten, insbesondere zu Schwedens skandinavischen Entwürfen die Rede sein kann.

Der Fahneneid der Sachsen bei Lüttich.

Der Krieg von 1815 und die Verträge von Wien und Paris. Von Julius Königer. Leipzig, 1865. Verlag von C. Hirzel. 475 S. 8.

Wenn unter den preussischen Forderungen an Schleswig-Holstein der dem König von Preußen zu leistende Fahneneid eine Rolle spielt, so sind Manche geneigt, auf denselben kein Gewicht zu legen und ihn so zu den Punkten zu verweisen, welche das berliner Cabinet ohne Nachtheil für sein und Deutschlands Interesse fallen lassen könnte. Wir sind anderer Meinung, und zwar einfach deshalb, weil ohne Erfüllung dieses Verlangens das Heer der Herzogthümer bei der Lage derselben unter Umständen eine Quelle ernstester Verlegenheiten werden kann. Und die Gründe hierfür? Weil auf patriotische Gesinnung des kiel's Hofes vielleicht jetzt, aber keineswegs für alle Conjunctionen zu rechnen ist, dann weil sich Situationen denken lassen, wo Preußen etwaige Neigung dieses Hofes zur Anlehnung an das Ausland auf den rechten Weg zu zwingen nicht wohl im Stande wäre. Der Erbprinz von Augustenburg ist vielleicht der am meisten preussisch gesinnte Mann in den Herzogthümern, so sagt uns wenigstens der Abgeordnete Twetten, und wir wollen einmal, wohlbegründete Zweifel zurückdrängend, annehmen, daß er uns damit nicht bloß